

Gemeindeamt Vandans
18. Januar 2001

Niederschrift

aufgenommen am 18. Januar 2001 im Sitzungssaal des Gemeindeamtes anlässlich der 9. öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung in der laufenden Funktionsperiode.

Aufgrund der Einladung vom 11. Januar 2001 nehmen an der auf heute, 20.00 Uhr, einberufenen Sitzung teil: Bgm. Burkhard Wachter als Vorsitzender, Vbgm. Michael Zimmermann, Franz Egele, Stefan Jochum, Karin Ganahl, Jürgen Atzmüller, Günter Fritz, Peter Scheider, Kurt Bechter, Rupert Platzer, Norbert Sartori, DI Alois Kegele, Josef Maier, Gottfried Schapler, Harald Tschugmell, Alois Neher, Ing. Manfred Vallaster, Ernst Stejskal sowie die Ersatzleute Florentin Salzgeber, Ing. Thomas Maier und Karl-Heinz Thaler.

Entschuldigt: Leo Brugger, Wilhelm Pummer und Wolfgang Fussenegger

Schriftführer: Gem.Sekr. Roland Angeli

Der Vorsitzende eröffnet pünktlich um 20.00 Uhr die 9. öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung, begrüßt die anwesenden Gemeindevertreter, die Ersatzleute, den Schriftführer sowie die Zuhörer und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Gegen die vorliegende Tagesordnung wird kein Einwand erhoben. Dem Antrag des Vorsitzenden, den 1. Teil des FPÖ-Antrages (Punkt 3.) von der Tagesordnung abzusetzen, wird einstimmig entsprochen. Zur Behandlung steht somit folgende

Tagesordnung:

1. Genehmigung der Niederschrift über die 8. öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung vom 14.12.2000
2. Umwidmung einer Teilfläche mit ca. 280 m² aus dem Gst.Nr. 386 von Baufläche/Wohngebiet in Freifläche/Sondergebiet (privates Seniorenheim)
3. Antrag der FPÖ-Fraktion: Umwidmung des Grundstückes 353/5, samt den dazugehörigen Bauparzellen .877, .879, .880, .881, .882 und .825 als Vorbehaltsfläche
4. Antrag der FPÖ-Fraktion: Diskussion und Beratung zur Einführung eines Ortsbusses
5. Berichte und Allfälliges

Erledigung der Tagesordnung:

1. Die Niederschrift über die 8. öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung vom

14. Dezember 2000 ist einem Versehen zufolge nicht an die Mitglieder der Gemeindevertretung verschickt worden. Bgm. Burkhard Wachter entschuldigt sich für dieses Malheur und plädiert dafür, die Genehmigung des gegenständlichen Protokolls auf die nächste Sitzung der Gemeindevertretung zu verschieben. Dem darauffolgenden Antrag des Vorsitzenden wird einstimmig zugestimmt.

-2-

2. Der Vorsitzende berichtet eingangs, dass Darinka Schmidt am 14. Dezember 2000 in seinem Büro vorgesprochen und das Projekt „Erweiterung des privaten Seniorenheimes“ vorgestellt habe. In diesem Zusammenhang habe Frau Schmidt aufmerksam gemacht, dass sich der geplante Erweiterungsbau über die Grundstücke 387 und 386 erstrecken werde. Aus diesem Grunde habe sie auch gleichzeitig das Ersuchen auf Umwidmung einer Teilfläche mit zirka 820 m² aus dem Grundstück Nr. 386 von Baufläche/Wohngebiet in Freifläche/Sondergebiet (privates Seniorenheim) geäußert. Am 15. Jänner 2001, so der Bürgermeister weiters, habe er dann den gegenständlichen Antrag dem Amtssachverständigen für Raumplanung und Baugestaltung, nämlich DI Ulrich Grasmugg, zur Beurteilung vorgelegt. Dieser habe dann, und zwar entgegen dem Antrag der Darinka Schmidt, die Umwidmung von lediglich zirka 280 m² aus dem Grundstück Nr. 386 empfohlen. Dies sei im Prinzip jene Fläche aus dem Grundstück Nr. 386, die vom geplanten Erweiterungsbau tangiert werde.

Nachdem der Bürgermeister die nunmehr zur Diskussion stehende Umwidmung anhand einer Folie den Anwesenden zur Kenntnis brachte, genehmigen diese einstimmig eine Änderung des Flächenwidmungsplanes und die Umwidmung einer Teilfläche mit zirka 280 m² aus dem GSt.Nr. 386 von Baufläche/Wohngebiet in Freifläche/Sondergebiet

(privates Seniorenheim).

3. Der Bürgermeister bringt den von der FPÖ-Fraktion eingebrachten Antrag vom 14. November 2000 zur Verlesung. KO Franz Egele führt in der Folge aus, dass es gute Gründe gebe, den ersten Teil des Antrages, nämlich die Widmung des Grundstückes Nr. 684 als Vorbehaltsfläche, im Augenblick zurückzuziehen. Eine nähere Begründung dafür wolle er aus taktischen Gründen jetzt nicht geben. Zur Entscheidung, so KO Franz Egele weiters, stehe also nur der zweite Teil des Antrages, nämlich jene Fläche aus dem GSt.Nr. 353/5 als Vorbehaltsfläche auszuweisen, die im Flächenwidmungsplan als Baufläche/Mischgebiet ausgewiesen sei. In die besagte Umwidmung müsse man logischerweise auch die Bauparzellen .877, .878, .879, .880, .881, .882 und .825 einbeziehen.

Ergänzend zu den Ausführungen des Klubobmannes informiert der Bürgermeister, dass demnächst alle bundeseigenen Grundstücke in die neu gegründete „Bundesimmobiliengesellschaft“ übergehen werden. Angesichts der budgetären Situation des Bundes müsse in weiterer Folge gerechnet werden, dass alle nicht dringend benötigten Immobilien veräußert werden. Schon alleine aus diesem Grunde sei die Umwidmung dieser eingangs erwähnten Grundstücke als Vorbehaltsfläche von großer Bedeutung. Nur mit einer Widmung als Vorbehaltsfläche habe die Gemeinde die Möglichkeit, eine allfällige Verwertung dieser Grundstücke mitzuentcheiden bzw. zu beeinflussen. KO Franz Egele weist in weiterer Folge auf die vielen Vorzüge dieser Liegenschaft hin. Aus öffentlicher Sicht stelle diese Liegenschaft ein Grundstück der Extraklasse dar. Ohne auf die vielen Verwertungsmöglichkeiten einzugehen, erachte er also die beantragte Umwidmung für unentbehrlich.

Gottfried Schapler befürwortet in seiner Wortmeldung die beantragte Umwidmung dieser bundeseigenen Liegenschaft als Vorbehaltsfläche. Seiner Meinung nach solle aber auch das östlich der Dorfstraße gelegene Grundstück Nr. 450/5 samt der Bauparzelle. 192 in diese Umwidmung einbezogen werden, weil dieses für die Gemeinde ebenso interessant sein könne.

Bgm. Burkhard Wachter begrüßt diese Anregung grundsätzlich. Eine Einbeziehung dieses Grundstückes in die geplante Umwidmung sei derzeit allerdings nicht möglich, weil sich dieses Grundstück in der Roten Zone des Rellsbaches befinde und im rechtskräftigen Flächenwidmungsplan der Gemeinde Vandans als Freifläche/Freihaltegebiet

-3-

ausgewiesen sei.

Nach eingehender Diskussion und Beantwortung einiger weniger Fragen, sprechen sich alle Anwesenden einstimmig für die Umwidmung des Gst.Nr. 353/5 samt den eingangs erwähnten Bauparzellen, soweit diese im Flächenwidmungsplan der Gemeinde Vandans als Baufläche/Mischgebiet ausgewiesen sind, als Vorbehaltsfläche aus.

4. Vorab verliest der Bürgermeister den Antrag der FPÖ-Fraktion vom 14. November 2000 über die Einführung eines Ortsbusses im Gemeindegebiet Vandans. Über Ersuchen des Vorsitzenden ergreift daraufhin KO Franz Egele das Wort und gibt zu verstehen, dass schon jetzt in der Gemeinde Vandans verschiedene Busse, wie zum Beispiel ein Schibus, ein Wanderbus, ein Schülerbus, ein Kindergartenbus sowie ein Werksverkehr verkehre. Nach Meinung der FPÖ-Fraktion könne mit einem attraktiven Ortsbus einiges davon mitbewerkstelligt werden. Aus naheliegenden Gründen solle dieser Ortsbus nach Möglichkeit auch die Gemeinde St. Anton sowie den Ortsteil Gantschier anfahren, weil diese mehr oder weniger nach Vandans orientiert seien (Arzt, Banken, Lebensmittelgeschäft etc.). Auch der Bahnhof Vandans sollte unbedingt in die Route miteinbezogen werden, um die Frequenzen der Montafonerbahn zu erhöhen.

Natürlich sei klar, so KO Franz Egele weiters, dass die Einführung eines solchen Ortsbusses mit beachtlichen Kosten verbunden sei. Die Gemeinde Vandans zähle bald schon 3.000 Einwohner. Mit den Einwohnern sei natürlich auch der Individualverkehr enorm angestiegen. Es sei also mehr als an der Zeit, über die Einführung eines solchen Ortsbusses nachzudenken. Wenn die Gemeinde Vandans auch in Zukunft eine hohe Lebens- und Wohnqualität beibehalten wolle, müsse dieser hausgemachte Verkehr auf ein Minimum reduziert werden. Die Einführung eines solchen Ortsbusses könnte ein erster Schritt in diese Richtung sein. Selbstverständlich sei die Einführung eines solchen Ortsbusses nur vorstellbar, wenn sich der finanzielle Aufwand daraus in Grenzen halte. Um die tatsächlichen Kosten eines solchen Ortsbusses ermitteln zu können, plädiere er namens der FPÖ-Fraktion für die Vergabe einer entsprechenden Projektstudie bzw. die Erarbeitung eines konkreten Konzeptes. Seinem Wissen nach belaufe sich der finanzielle Aufwand für eine solche Studie zwischen ATS 30.000,- und ATS 50.000,-, wobei das Land Vorarlberg diese Aufwendungen mit Bedarfszuweisungen zwischen 25 und 40% fördere.

Bgm. Burkhard Wachter bestätigt die Richtigkeit dieser Annahmen. Am 15. Jänner 2001 habe er mit DI Franz Schwerzler vom Amt der Vorarlberger Landesregierung ein Gespräch in dieser Angelegenheit geführt. Dabei seien auch Fragen der generellen Förderungen besprochen worden. Eine fixe Förderungszusage habe es dabei aber nicht gegeben, wohl aber eine grundsätzliche. Faktum sei, dass es mehrere Förderungsmöglichkeiten gebe, die tatsächliche Höhe der Förderung letztlich aber von mehreren Faktoren abhängen. Eine unbedingte Voraussetzung für die Gewährung von Förderungsmitteln sei in jedem Fall, dass das Konzept sich mit landesweiten decke und im Verkehrsverbund integriert sei. Das setze auch voraus, dass man jedenfalls ein Fachbüro beiziehe und dieses mit der Erarbeitung eines Konzeptes beauftrage. Auch die Vertreter der anderen Fraktionen begrüßen die Überlegungen zur Einführung eines Ortsbusses und sprechen sich grundsätzlich für die Vergabe eines solchen Konzeptes aus. Ing. Manfred Vallaster plädiert darüberhinaus für die Bildung eines eigenen Ausschusses, dem je ein Vertreter aller in der Gemeindevertretung vertretenen Fraktionen angehören soll. Ernst Stejskal begrüßt die Bildung eines solchen Ortsbus-Ausschusses und erachtet in diesem Zusammenhang die Erarbeitung eines Verkehrskonzeptes für unentbehrlich.

Bgm. Burkhard Wachter steht der Anregung zur Bildung eines solchen Ortsbus-Ausschusses

ebenfalls positiv gegenüber. Seiner Meinung nach solle nicht nur je ein Vertreter

-4-

der verschiedenen Fraktionen, sondern auch Ing. Hannes Wachter diesem Ausschuss von der ersten Stunde an angehören. Ing. Hannes Wachter bringe als Mietwagenunternehmer große Erfahrung auf diesem Gebiet mit und sei zur Mitarbeit geradezu prädestiniert. Sobald dieser Ausschuss installiert sei, empfehle er diesem einen Besuch in der Gemeinde Götzis, wo ein solcher Ortsbus bereits mit großem Erfolg gefahren werde.

Einstimmig sprechen sich letztlich die Mitglieder der Gemeindevertretung dafür aus, die Möglichkeit zur Einführung eines solchen Ortsbusses

umfassend und seriös zu prüfen. Zu diesem Zwecke solle ein befähigtes Unternehmen mit der Erarbeitung eines tauglichen Konzeptes beauftragt werden. Die Entscheidung, welches Unternehmen ein solches Konzept erarbeiten soll, solle der Gemeindevorstand nach Einholung mehrerer Angebote treffen.

5. Der Bürgermeister berichtet, dass

- am 18. Jänner 2001, also heute Vormittag, die kommissionelle Verhandlung zur Verbauung des Rellsbaches stattgefunden habe. Ursprünglich sei die sofortige Ausführung der ersten zwei Sperren beabsichtigt gewesen. Die Realisierung des gesamten Projektes sei in den Jahren 2001, 2002 und 2003 geplant gewesen. Bei der heutigen Verhandlung habe DI Wolfgang Schilcher durchblicken lassen, dass sich der Baubeginn eventuell um ein Jahr verzögern werde. Auch die Bauzeit müsse vermutlich um 1 bis 2 Jahre verlängert werden, weil die erforderliche Kapazität nicht zur Verfügung stehe. Das Verhandlungsergebnis selber sei aber durchaus positiv gewesen. Die Kosten für das gesamte Verbauungsprojekt seien mit zirka 12 Millionen Schilling veranschlagt. Davon trage der Bund einen Anteil von 60% und das Land Vorarlberg einen solchen von 30%. Die verbleibenden 10% teile sich die Gemeinde Vandans, die Landesstraßenverwaltung sowie die Vorarlberger Illwerke AG.

- die Gemeinde Vandans noch immer säumig sei, dem Land Vorarlberg eine Frauenbeauftragte namhaft zu machen. Seit dem Jahr 1998 gebe es in 67 Vorarlberger Gemeinden spezielle Frauenbeauftragte. Deren Aufgabe sei es, in regionsspezifischen Besprechungen die lokalen Bedürfnisse zu ermitteln, gemeinsame Ziele der Frauenpolitik zu definieren sowie Maßnahmen zu entwickeln und umzusetzen. Die Vernetzung aller Frauenbeauftragten in einer Region und landesweit sei ein erklärtes Ziel dieses Projektes. Er bitte daher alle Fraktionen entsprechende Überlegungen anzustellen und eine geeignete Person namhaft zu machen.

- mit Frau Ing. Elisabeth Gruber am 11. Jänner 2001 ein weiteres Gespräch stattgefunden habe. In diesem Gespräch, an dem Mitglieder des Gemeindevorstandes, KO Franz Egele und Arch. Paul Köck teilgenommen haben, habe diese einen ersten Gestaltungsentwurf vorgelegt. Jetzt gelte es, diesen Entwurf dem Bauausschuss und dem Schulausschuss zu präsentieren. Persönlich halte er es für sinnvoll, dieser Präsentation auch die Kindergartenleiterin sowie die Direktoren der Volks- und Allgemeinen Sonderschule beizuziehen.

Unter Punkt „Allfälliges“ ergeben sich folgende Wortmeldungen:

Ing. Manfred Vallaster: Der Zustand der St. Antoner Straße ist alles andere als befriedigend. Bis wann kann mit einer Sanierung dieser Straße gerechnet werden? Gerne würde mich interessieren, bis wann das Budget für das Jahr 2001 nun tatsächlich vorliegend ist. Ursprünglich wurde uns zugesagt, den Voranschlag für das laufende Jahr bis zur Februar-Sitzung vorzulegen.

Antwort des Bürgermeisters: Wie hinlänglich bekannt ist, soll die St.Antoner-Straße einer Generalsanierung unterzogen werden. Gleichzeitig soll die Straße auf 4,00 m Fahrbahnbreite ausgebaut und mit einer Tagwasserbeseitigung versehen werden. Dieser Straßenausbau wird aber nur dann erfolgen können, wenn die angrenzenden Eigentümer bereit sind, den dafür erforderlichen Grund an die Gemeinde abzutreten. Noch fehlen einzelne Zustimmungserklärungen. Ich bin allerdings zuversichtlich, auch die noch fehlenden Zustimmungserklärungen demnächst zu bekommen. Wenn dem tatsächlich so ist, kann die Generalsanierung bzw. der erwähnte Straßenausbau noch im kommenden Herbst ausgeführt werden. Die Mitarbeiter in der Gemeindekasse sind derzeit mehr oder weniger ausschließlich mit der Erstellung des Voranschlags-Entwurfes beschäftigt. Zuversichtlich hoffe ich, dass ich meine Zusage, nämlich den Voranschlag noch im Monat Februar zu beschließen, auch tatsächlich einhalten kann.

Ernst Stejskal: Meiner Meinung nach ist die neue Gestaltung der „Amtlichen Mitteilungen“ wirklich ansprechend. Allerdings könnte meinem Empfinden nach die Schriftgröße etwas größer gewählt werden. Entlang vom Illuferweg befinden sich einige Müllablagerungen. Nachdem der Illuferweg auch jetzt stark begangen wird, sollte der Gemeindebauhof zur Aufräumung dieser Verunreinigungen angehalten werden. Anlässlich des Silvester-Treibens auf dem Gemeindeplatz habe ich feststellen müssen, dass sowohl der Platz selber als auch die Untere Venserstraße äußerst rutschig waren. Mit etwas mehr Splitt könnte hier Abhilfe geschaffen werden.

Antwort des Bürgermeisters: Das Lob über die neue Gestaltung der „Amtlichen Mitteilungen“

freut mich. Weil in der Regel aber der Platz immer äußerst knapp bemessen ist, kann ich mir eine größere Schrift nicht vorstellen. Auch höre ich zum ersten Mal, dass diese als zu klein empfunden wird.

Die Verunreinigungen entlang des Illuferweges werde ich, soweit diese das Gemeindegebiet von Vandans betreffen, unverzüglich beseitigen lassen. Dass auf den Gemeindestraßen in Vandans zu wenig gestreut wird, kann ich mir nicht vorstellen. Gerade in dieser heiklen Frage ist der Gemeindebauhof angewiesen, eher „großzügig“ zu agieren.

Kurt Bechter: Kann die Sanierung des Schwimmbades am 1. September diesen Jahres tatsächlich in Angriff genommen werden? Wie ist der aktuelle Stand der Vorarbeiten?

Außerdem würde mich interessieren, ob zwischenzeitlich wieder ein Treffen mit den Vandanser Jugendlichen stattgefunden hat. Wenn ja, was ist dabei herausgekommen? Angeblich soll auf dem Gemeindegebiet von Vandans ein Hubschrauber-Landeplatz geschaffen werden. Sind diese Gerüchte ernst zu nehmen?

Antwort des Bürgermeisters: Weil die Angelegenheit „Sanierung des Schwimmbades“

in den Händen von Franz Egele liegt, bitte ich diesen um Beantwortung der Frage. Franz Egele berichtet sodann, dass er mit dem Planungsbüro vor wenigen Tagen Kontakt gehabt habe. Dieses habe ja bekanntlich den Auftrag zur Planung und Ausschreibung aller Arbeiten. Weil die Gemeindevertretung Vandans in ihrer Sitzung am 20. Juli 2000 beschlossen habe, die Gesamtkosten mit maximal ATS 20 Millionen zu begrenzen, müsse sowohl die

Planung als auch die Ausschreibung entsprechend adaptiert werden. Dies geschehe seinen Informationen zufolge bis Ende April. Spätestens dann werden alle größeren Gewerke, also zirka 60% aller Arbeiten, zur Ausschreibung gelangen. Vermutlich im Juni könne man dann die entsprechenden Vergaben beschließen.

Ing. Manfred Vallaster appelliert an Franz Egele und den Bürgermeister, möglichst großen Druck auf das Ingenieurbüro auszuüben, sodass ein Baubeginn am 1. September 2001 auch tatsächlich möglich sei.

Bgm. Burkhard Wachter ergreift sodann wiederum das Wort und berichtet, dass am Montag, dem 8. Jänner 2001, eine weitere Besprechung mit zirka 10 Jugendlichen und

-6-

Frau Sigrid Fehr vom Verein Mühietor stattgefunden habe. Über das Ergebnis sei er bis heute leider noch nicht informiert worden. Über Ersuchen der Gemeinde Tschagguns hat man sich darauf geeinigt, unterhalb des Staubeckens Latschau einen Hubschrauber-Landeplatz einzurichten. Grundeigentümer ist dort die Vorarlberger Illwerke AG. Tatsache ist allerdings, dass diese Zustimmung zur Errichtung eines Hubschrauber-Landeplatzes nur für den Rettungshubschrauber gilt und nicht für irgendwelche Touristenflüge.

Gottfried Schapler: Leider muss immer wieder festgestellt werden, dass der Fußgängerstreifen bei der Volksschule fast durchgehend mit Autos beparkt ist. Gleichzeitig ist der eigentliche Parkplatz oberhalb der Rätikonhalle halb leer. Meiner Meinung nach wäre es an der Zeit, einen neuerlichen Appell an die dort beschäftigten Lehrer, nämlich den Parkplatz in Anspruch zu nehmen, zu richten.

Antwort des Bürgermeisters: Diesem Ersuchen komme ich gerne nach. Meiner Meinung nach wird sich aber mit der Neugestaltung des Schul-Innenhofes gute Gelegenheit bieten, die Lehrer zur Benützung des offiziellen Parkplatzes anzuhalten.

Ing. Thomas Maier: Zur beabsichtigten Sanierung des Schwimmbades habe auch ich noch eine Frage. Liegt vom besagten Ingenieurbüro überhaupt eine konkrete Kostenschätzung vor?

Antwort von Franz Egele: Bei der Projektvorstellung im vergangenen Sommer ist auch eine grobe Kostenschätzung präsentiert worden. Diese weist Gesamtkosten von rund 23 Millionen Schilling aus.

Florentin Salzgeber: Seit jeher befürworte ich die beabsichtigte Generalsanierung der St.Antoner-Straße. Leider wird sich dadurch nichts auf jenem Teil ändern, der sich auf dem Gemeindegebiet von St.Anton befindet. Meiner Meinung nach wäre nämlich auch dort eine Sanierung dringend notwendig.

Antwort des Bürgermeisters: Die ins Auge gefasste Sanierung der St.Antoner-Straße wird sich natürlich nur auf jenen Teil beschränken, der sich auf dem Gemeindegebiet Vandans befindet. Wenn auf der anderen Seite aber auch eine Sanierung für notwendig erachtet wird, werde ich dies beim

dortigen Bürgermeister deponieren. Wie schnell dort dann reagiert wird, entzieht sich meinem Einfluss.

Harald Tschugmell: Bisher war immer davon die Rede, dass zur Sanierung des Schwimmbades keine bzw. nur geringe Förderungen gewährt werden. Hat sich an dieser Auffassung zwischenzeitlich nichts geändert?

Antwort des Bürgermeisters: In der Sitzungen am 16. November 2000 habe ich berichtet, dass vom Land Vorarlberg für die Sanierung des Freibades Vandans eine kombinierte Förderung und zwar sowohl aus Landes- als auch aus EU-Mitteln in Gesamthöhe von 16% in Aussicht gestellt wird, was einer Förderung von zirka 3,2 Millionen Schilling entspricht.

Karl-Heinz Thaler: Gibt es in der Gemeinde Vandans die sogenannte Bionik-Initiative noch immer? Ferner möchte ich gerne wissen, ob es im Gemeindeamt einen Jahreskalender gibt, in dem die Abholstage des Gelben Sackes ausgewiesen sind?

Antwort des Bürgermeisters: Nach wie vor kann man jeden 1. Samstag im Monat alle anfallenden Problemstoffe im Gemeindebauhof abgeben. Von 9.00 bis 12.00 Uhr steht dort ein Mitarbeiter des Gemeindebauhofes zur Verfügung und übernimmt diese Problemstoffe.

In den nächsten Tagen wird allen Haushalten ein Kalender zugehen, wo sämtliche Abfuhrtage für Restmüll- und den Gelben Sack angeführt sind. Auf diesem Kalender befindet sich auch ein Hinweis auf die monatliche Abgabe von Problemstoffen.

-7-

Ing. Manfred Vallaster: Im Jahre 1971 ist die Friedhofsordnung in einem Kleinformat gedruckt und allen Haushalten zugestellt worden. Ist eine solche Vorgangsweise auch bei der neuen Friedhofsordnung geplant?

Antwort des Bürgermeisters: Nein. Zum einen ist die neue Friedhofsordnung zu umfangreich, zum anderen kann diese jederzeit im Gemeindeamt kostenlos angefordert werden. Die Auflage von 1000 Stück solcher Friedhofsordnungen wäre nur mit unnötigen Kosten verbunden. Im Übrigen zeigt die Praxis, dass diese in den Haushalten ohnehin nicht aufbewahrt wird und bei Bedarf im Gemeindeamt nachgefragt wird. Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr erfolgen, dankt der Bürgermeister allen für das Kommen sowie die aktive Mitarbeit und schließt um 21.30 Uhr die Sitzung.

Für die Richtigkeit
Ausfertigung:

Der Vorsitzende: der

[AMTSTAFEL angeschl. am: 26.01.2001 abgenommen am 15.02.2001]